



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Langfristige Perspektiven der russischen Wirtschaftspolitik. Pekka Sutela, Helsinki</i>	2
<i>Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text</i>	4
<i>Dokumentation: Die wirtschaftlichen Herausforderungen in Putins Worten</i>	6
<i>Kommentar: Jukos-Affäre und russisches Investitionsklima. Heiko Pleines, Bremen</i>	8
<i>Aktuell: Kasjanows Entlassung. Hans-Henning Schröder, Bremen</i>	10
<i>Chronik vom 19. bis zum 25. Februar 2004</i>	11

Langfristige Perspektiven der russischen Wirtschaftspolitik

Von Pekka Sutela, Helsinki

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Lage Russlands ist besser denn je. Höchstwahrscheinlich werden die Wirtschaftsreformen nach den Präsidentenwahlen fortgesetzt. Langfristig sieht sich Russland jedoch mit etlichen ernsthaften Herausforderungen konfrontiert. Sollte sich das Wachstumstempo der russischen Wirtschaft deutlich verlangsamen, werden die erforderlichen Ressourcen zur Bewältigung dieser Herausforderungen nicht vorhanden sein. Darüber hinaus könnte in einem autoritären System auch der Wille zur Lösung langfristiger Wirtschaftsprobleme fehlen. Dies würde für Russland nicht nur eine schwierige Zukunft bedeuten, es würde auch die Koexistenz, und erst recht die Kooperation, von Russland und Europäischer Union erheblich belasten.

Langfristige Perspektiven der russischen Wirtschaftspolitik

Pekka Sutela, Helsinki

Die wirtschaftliche Lage Russlands ist besser denn je. Im Jahre 2003 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 7,3%, womit die russische Wirtschaft das fünfte Jahr in Folge zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaften der Welt gehört. Zugegebenermaßen ist die Inflation mit 12% immer noch zu hoch. Sie ist aber unter Kontrolle der Geldpolitik und befindet sich im Abwärtstrend. Der Überschuss der Außenwirtschaftsbilanz beläuft sich auf 9% des Bruttoinlandsprodukts – eine riesige Zahl im internationalen Vergleich – und in den letzten Jahren ist die Kontrolle des sich daraus ergebenden Geldzustroms zur zentralen Herausforderung für die Wirtschaftspolitik geworden. In Anbetracht der Tatsache, dass es wegen des primitiven Zustands der russischen Finanzmärkte keine richtigen marktbasierten Politikinstrumente zur Verfügung stehen, ist der Erfolg der währungs- und finanzpolitischen Institutionen bemerkenswert. Einen Überblick über zentrale Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung gibt die Tabelle „Zentrale Kennzahlen zu Wirtschaft und sozialer Lage“ auf Seite 5.

Das fünfte Jahr in Folge gibt es einen Haushaltsüberschuss und die Devisenreserven sind auf ca. 85 Millionen US\$ angewachsen. Gemessen an den Exportausgaben ist dies wiederum außergewöhnlich viel. Russland hat einige seiner Auslandsschulden vorzeitig beglichen und ist auf dem besten Wege, ein Land mit einer sehr niedrigen Verschuldung zu werden, da sich das Verhältnis von Auslandsschulden zum Bruttoinlandsprodukt bis zum Ende des Jahres 2004 mit schnellen Schritten der Marke von 25% nähert, während das Maastrichtkriterium zum Beispiel bei 60% liegt.

Wachstumsfaktoren

Russland bleibt nach wie vor abhängig von Energieausfuhren und damit vom Ölpreis (der sich mit etwas Verspätung auch auf den Exportpreis für Erdgas auswirkt). Der Energiesektor liefert (je nach Definition) ca. 20% des russischen Bruttoinlandsprodukts, im Jahre 2003 aber 55% der Exporteinnahmen, etwa 55% der Industrieinvestitionen und ca. 40% der Steuereinnahmen, so dass sich jede Änderung des Ölpreises auf die Wirtschaft mehrfach auswirkt. Hinzu kommt, dass sich auch die Preise von anderen wichtigen russischen Exportgütern – weiterer Rohstoffe wie Eisen, Stahl und Buntmetalle – in der Regel parallel zum Ölpreis entwickeln.

Die russische Wirtschaft ist in letzter Zeit aber nicht nur dank des hohen Ölpreises gewachsen. Nach dem Zusammenbruch der Realeinkommen durch die Finanzkrise im August 1998 haben sich russische Einkommen wieder

erholt. Der Konsum ist jährlich um fast 10% gestiegen. Nachdem der Kurs des Rubels zum US-Dollar von 6:1 auf 25:1 abgestürzt war, verbesserte sich die Konkurrenzfähigkeit russischer Unternehmen enorm. Sie konnten sich Marktanteile in Branchen wie der Lebensmittelindustrie, der Textilindustrie und dem Maschinenbau sichern. Sowohl der Anstieg des Konsums als auch Importsubstitution haben Wachstum und Einkommen gefördert. Im letzten Jahr sind auch die Realinvestitionen stark gestiegen, um etwa 12%. Das russische Wirtschaftswachstum steht somit kurzfristig auf wenigstens drei Füßen – Export, Konsum und Investitionen – und es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass es schwächer werden sollte, vor allem, da der Ölpreis weiterhin das jetzige Niveau halten sollte.

Die russische Wirtschaft ändert sich schnell, daher sind Prognosen nicht so zuverlässig wie sie sein sollten. Eine Reihe von Prognosen, basierend auf unterschiedlichen Ölpreisszenarien, kommen zu dem Schluss, dass das Wirtschaftswachstum dieses Jahr ungefähr 5,5% betragen könnte. Später, in der Hauptsache wegen der erwarteten realen Aufwertung des Rubels, könnte sich das Wachstum auf etwas über 4% verringern. Nach europäischem und globalem Maßstab ist dies immer noch sehr hoch. Eine Prognose zentraler Wirtschaftskennzahlen für die nächsten zwei Jahre gibt die Tabelle „Prognose der Wirtschaftsentwicklung 2004–2005“ auf Seite 5.

Einige Schätzungen gehen davon aus, dass die russische Wirtschaft im Jahre 2050 (wieder) zu den größten der Welt gehören wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass Russland in Europa der zentrale Exportmarkt mit hohen Wachstumsraten sein wird. Dies würde sich auch auf ausländische Direktinvestitionen in Russland auswirken, die bis jetzt vernachlässigbar gering gewesen sind.

Verbessertes institutionelles Umfeld

Neben dem aussen- und volkswirtschaftlichen Umfeld unterstützen weitere Faktoren das Wachstum der Wirtschaft. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde Russland zur Marktwirtschaft, wenn auch besonderer Art. Das Wachstum wird gemessen als Entwicklung im Vergleich zu früheren Verhältnissen; weil Russland, ähnlich wie China und Indien, nicht gut funktioniert, kann erwartet werden, dass es seine Funktionsfähigkeit in Zukunft verbessern kann. Dies an sich fördert Wachstum.

Russische Unternehmen sind auf seltsame Art

privatisiert worden, trotzdem haben viele von ihnen inzwischen ihre „*corporate governance*“ und Effektivität verbessert. Höchstwahrscheinlich bleibt der Konsens in der Wirtschaftspolitik für Stabilität und Vorhersagbarkeit bestehen. Russland ist auch imstande, von relativer Rückständigkeit zu profitieren, indem es Technologien, Know-how und bessere Verfahren importiert.

In einer groß angelegten Untersuchung von russischen privaten Kleinunternehmen kommt die Weltbank zu dem Schluss, dass sich das Geschäftsklima in den Jahren 2001–2002 tatsächlich verbessert hat. Im wesentlichen klagten diese Unternehmen über Faktoren, wie etwa eine hohe Besteuerung, die bei Unternehmen in aller Welt an oberster Stelle der Sorgen stehen. Sie sehen Korruption und organisiertes Verbrechen nicht als zentrale Probleme an. Dies mag allerdings auch daran liegen, dass sich russische Firmen an widrige Umstände gewöhnt und angepasst haben. Denn die Klagen ausländischer Firmen über Russland scheinen nicht zurückgegangen zu sein.

Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Die volkswirtschaftliche Grundlage für das jetzige Wachstum wurde während der Regierungszeit Jeltsins geschaffen. Andererseits sind die Wirtschaftsreformen der ersten Amtszeit Putins breiter, grundlegender und konkreter gewesen als irgendjemand erwartet hatte. Viele Tabus, wie zum Beispiel der Privatbesitz von Land, sind überwunden worden. Es gibt auch Anzeichen dafür, dass diese Gesetze in der Praxis implementiert werden.

Höchstwahrscheinlich werden die Wirtschaftsreformen nach den Präsidentenwahlen fortgesetzt. Es gibt einen breiten Konsensus über die wichtigsten Reformen: An erster Stelle stehen Reformen der öffentlichen Verwaltung, der so genannten natürlichen Monopole (wie zum Beispiel kommunale Dienstleistungen, Gas und öffentliche Verkehrsmittel) und des Bankensektors. Ein Gesetz, das den Privatbesitz von Wäldern – eine potenziell äußerst wichtige Ressource, die bis heute aber vernachlässigt wurde – *de facto* zulassen würde, ist ebenfalls zu erwarten. Zu den Prioritäten Putins in der Wirtschaftspolitik siehe die Auszüge aus seiner Wahlkampfrede auf den Seiten 6–7.

Obwohl es mit Sergej Glazjew, einem der Präsidentschaftskandidaten, zum ersten Mal einen Kristallisationspunkt für linke populistische Politik gibt, die höhere Staatsausgaben, eine umfangreiche staatliche Subventionspolitik und eine höhere steuerliche Belastung der Rohstoffindustrie fordert, ist es wenig wahrscheinlich, dass eine solche Politik implementiert wird.

Risikofaktoren

Nicht alles ist jedoch versprechend und positiv in der russischen Wirtschaft. Die Struktur der russischen Exporte ist nach wie vor äußerst einseitig, da es sehr wenig Exporte von Fertigwaren oder Dienstleistungen gibt. Noch beunruhigender ist, dass trotz der ausgezeichneten preislichen Konkurrenzfähigkeit, derer sich russischer Unternehmen seit der Abwertung des Rubels im Jahre 1998 erfreuen, im Bereich der verarbeitenden Industrie und der Dienstleistungen kein Boom zu verzeichnen ist. Schlimmer noch, die bestenfalls lauwarmer Haltung Russlands zu einem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) scheint darin begründet zu sein, dass selbst für die Zukunft sehr wenige russische Geschäftsleute Vertrauen in ihre eigene Konkurrenzfähigkeit auf entsprechenden Märkten haben. Wenn man Angst hat, sich dem Wettbewerb zu stellen, hat man auch keine Möglichkeit, zu gewinnen.

Darüber hinaus hat Russland nach wie vor keinen Wachstumsmotor, wie ihn neu gegründete Firmen in Polen und vielen weiteren neuen Marktwirtschaften geschaffen haben. Auch wenn entsprechende Statistiken nicht völlig vergleichbar sind, ist doch klar, dass der Sektor der russischen Kleinunternehmer nicht nur klein ist, sondern auch in seiner Entwicklung stagniert. Dies nicht aus dem Grund, weil Russen nicht unternehmerisch tätig sein wollen, sondern weil der Energiesektor übermäßig attraktiv gewesen ist und der öffentliche Sektor in vieler Hinsicht ein Hindernis für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung gewesen ist. Für Unternehmer war es viel wichtiger, Beziehungen zu Politikern und Bürokraten zu verbessern als in die Produktion zu investieren.

Auch investieren russische Unternehmen wenig in Forschung und die Entwicklung von neuen Technologien, Prozessen und Produkten. In der EU betragen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung ca. 2% des BIP, was an sich schon zu wenig ist. In Russland (wie auch in China) beträgt diese Zahl nur 1%. Die Summe wird auch noch fast völlig vom Staat finanziert, der neben militärischer Forschung weiterhin verschiedene wirtschaftlich nutzlose, aus der Planwirtschaft übernommene Forschungsinstitute unterhält. Im Prinzip könnte dies für ein Schwellenland normal sein, das dabei ist, aufzuholen, indem es Technologien importiert. Russland aber ist dabei, einen großen potenziellen Vorteil zu verlieren, nämlich die Strukturen für Forschung und Entwicklung, die von der Sowjetunion hinterlassen wurden. Ob Russland in der Lage sein wird, neue Produkte für den Export herzustellen und ob die russische Forschung Anschluß an die Weltspitze finden bzw. in einigen Bereichen, wie etwa der Raumfahrt, halten wird, das sind die Schlüsselindikatoren, die in der Zukunft zu beobachten

sein werden.

Russland wird unter Präsident Putin in einen autoritären Staat transformiert. So unvollständig dieser Autoritarismus auch immer sein wird, gibt es keinen Zweifel, dass der Verlust von politischen Rechten auch zu einer Verringerung von wirtschaftlicher Freiheit führen wird. Beides wird zu geringerem Wohlstand und Wirtschaftswachstum führen.

Resümee

Russland ist nicht nur Ölproduzent. Es hat auch andere Ressourcen, wie zum Beispiel eine industrielle Basis, die von der Sowjetunion übernommen wurde und einen relativ hohen Bildungsstandard. Es ist aber auch ein Ölproduzent. Es ist bemerkenswert, dass nur die Ölproduzenten, die schon industrialisierte Demokratien waren, bevor sie reich wurden – die Niederlande und Norwegen – mit ihrem Reichtum umgehen konnten und selbst diese nicht ohne Probleme. Andere, von Saudi Arabien bis Venezuela, sehen sich mit industrieller Zurückgebliebenheit, sozialer Ungleichheit und autoritären

Über den Autoren:

Dr. Pekka Sutela ist Direktor des BOFIT (Bank of Finland Institute for Economics in Transition) und Dozent an der Helsinki School of Economics and Business Administration. Die Meinungen, die in dem Aufsatz zum Ausdruck gebracht werden, sind diejenigen des Autors und reflektieren nicht notwendigerweise die Ansichten der Bank of Finland.

Lesetipps:

Pekka Sutela: Russia's growth prospects, in: Christian Meier u.a. (Hg.): Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa. Festschrift für Hans-Hermann Höhmann, Bremen (Edition Temmen) 2003 sowie umfassender: Pekka Sutela: The Russian Market Economy, Helsinki (Kikimora Publications) 2003. Zu aktuellen Wirtschaftsinformationen über Russland siehe www.bof.fi/bofit sowie den wöchentlichen E-Mail Dienst „RussiaWeeklyInfo“ (deutschsprachig) der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Regimes konfrontiert. Dies ist auch für Russland ein offenkundiges Risiko.

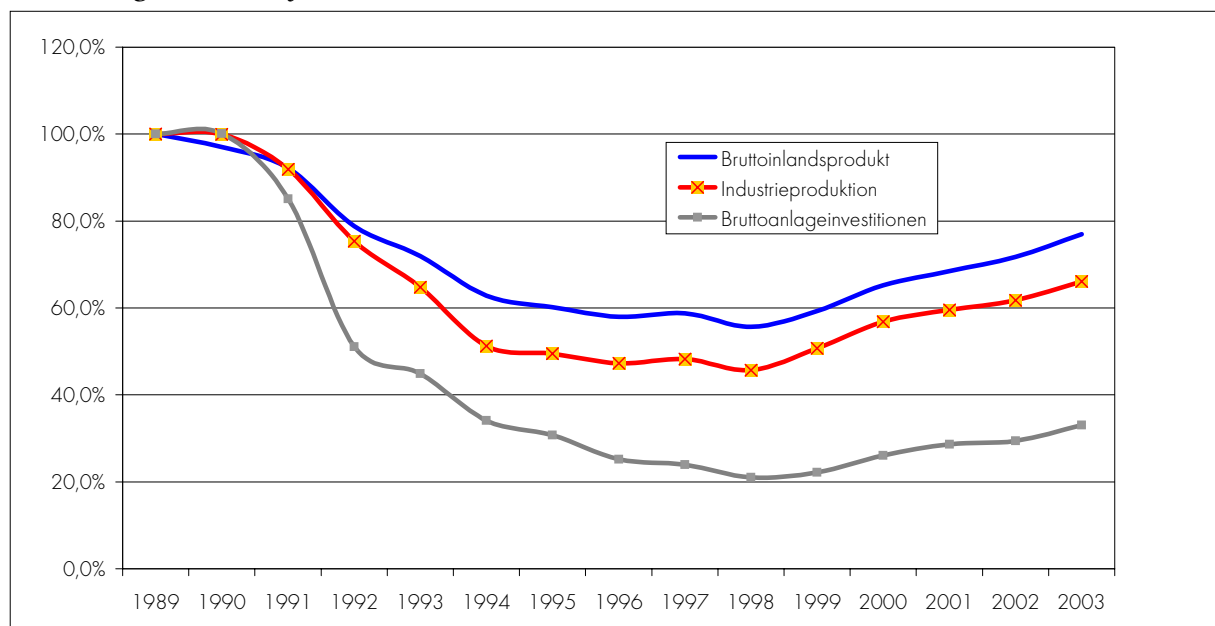
Russland sieht sich mit einer großen Anzahl von sehr ernstesten langfristigen Herausforderungen konfrontiert: Sinkende Bevölkerungszahlen, Überalterung, steigender Modernisierungsbedarf, verfallende Infrastruktur und Schwierigkeiten, den Bildungsstandard der Bevölkerung zu halten sind nur einige davon. Sollte sich das Wachstumstempo der russischen Wirtschaft deutlich verlangsamen, werden die erforderlichen Ressourcen zur Bewältigung dieser Herausforderungen nicht vorhanden sein. Darüber hinaus könnte in einem autoritären System auch der Wille zur Lösung langfristiger Wirtschaftsprobleme fehlen. Dies würde für Russland nicht nur eine schwierige Zukunft bedeuten, es würde auch die Koexistenz, und erst recht die Kooperation, von Russland und Europäischer Union erheblich belasten.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Redaktion: Heiko Pleines

Anhang: Tabellen und Diagramme zum Text

Entwicklung der Wirtschaft Russlands 1989–2003



Zentrale Kennzahlen zu Wirtschaft und sozialer Lage 1993–2003

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BIP (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 8,7	-12,6	- 4,2	- 3,6	1,4	-5,3	6,4	10,0	5,0	4,3	7,3
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	-14,2	-20,9	-3,3	-4,5	2,0	-5,2	11,0	11,9	4,9	3,7	7,0
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	842	224	131	22	11	84	37	20	19	15	12
Außenhandelsbilanz (in Mrd. US-Dollar)	k.A.	10,7	10,0	10,8	-0,1	0,2	24,6	46,8	35,0	32,8	39,1
Staatshaushaltsbilanz (in %)	-6,5	-11,4	-5,4	-8,4	-7,1	-5,9	-1,4	1,2	2,9	1,4	2,6
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	5,5	7,5	8,2	9,3	9,0	11,8	11,7	10,2	9,0	7,1	8,9
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	113	100	104	154	164	108	62	79	111	142	180

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition <www.bof.fi/bofit>

Prognose der Wirtschaftsentwicklung 2004–2005

	2003 (Ist)	2004 (Prognose)	2005 (Prognose)
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung zum Vorjahr in %)	7,3	5,7	5,4
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	7,0	5,6	5,5
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	12,0	11,3	9,0
Handelsbilanz (in Mrd. US-Dollar)	59,6	38,6	22,1
Staatshaushaltsbilanz (in % des BIP)	2,6	1,8	0,8
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	8,9	8,0	8,0
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	180	231	272

Quelle: United Financial Group (Moskau) <www.ufg.com> (Februar 2003)

Dokumentation:

Die wirtschaftlichen Herausforderungen in Putins Worten

Die folgenden Passagen stammen aus der Ansprache von Präsident Wladimir Putin an seine von ihm bevollmächtigten Vertreter. Die Ansprache wurde zum offiziellen Auftakt des russischen Präsidentenwahlkampfes am 12. Februar 2004 an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität gehalten und im staatlichen Fernsehsender RTR übertragen. Im folgenden werden die Teile der Ansprache wiedergegeben, die sich mit den Herausforderungen und Zielen der Wirtschaftspolitik befassen.

[...]

Ich habe unsere Leistungen erwähnt. Haben wir jedoch alles erreicht, was wir wollten? Natürlich nicht. Können wir mit den Ergebnissen unserer Arbeit zufrieden sein? Natürlich nicht.

Das Hauptziel aller unserer Maßnahmen ist die Verbesserung des Lebensstandards. Wir können eine drastische Verbesserung jedoch nur erreichen, wenn unsere Wirtschaft so stark wird, dass sie nicht mehr in kritischer Weise von außenwirtschaftlichen Faktoren oder den Ergebnissen von regulären Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen abhängt.

Heute sind die Wachstumsraten der russischen Wirtschaft hoch, aber immer noch unzureichend. Der Staatsapparat ist sowohl in Hinblick auf seine Funktionen als auch auf die Qualifikation seines Personals nicht sehr effizient. Die Struktur der Wirtschaft ist immer noch nicht ausgeglichen. Soziale Verpflichtungen sind immer noch nicht auf spezifische Bevölkerungsgruppen hin orientiert.

Wir müssen zugeben, dass einige von Russlands nächsten Nachbarn und osteuropäische Länder Reformen schneller und entschiedener durchgeführt haben. Darüber hinaus haben andere Länder viele der Ideen, die von russischen Experten in Hinblick auf die Reform des Rentensystems, der Wohnungswirtschaft und des kommunalen Dienstleistungssektors, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und anderer Bereiche entwickelt wurden, nicht nur diskutiert, sondern auch in die Praxis umgesetzt.

Unsere Wirtschaft ist immer noch zu sehr auf Rohstoffe hin orientiert. Offensichtlich sind natürliche Reichtümer ein Wettbewerbsvorteil Russlands. Wir sollten uns dessen nicht schämen. Das große intellektuelle Potenzial der Nation ist jedoch ein viel größerer Vorteil. Dieses Potenzial sollte dazu genutzt werden, die russische Wirtschaft im Hi-Tech-Bereich und in profitablen Bereichen vorwärts zu bringen.

Der Dienstleistungssektor in unserem Land entwickelt sich langsam und mühsam. Dieser Sektor trägt in entwickelten Ländern den größten Teil zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei. In unserem Land gibt es im Gegenteil immer noch ein staatliches Monopol bei Dienstleistungen in so sozial wichtigen Bereichen wie dem Wohnungswesen und kommunalen Dienstleistungen, wie auch in weiteren Bereichen. Das Ergebnis ist, dass die Qualität der Dienstleistungen niedrig ist, die Gebühren aber genau wie die Unzufriedenheit der Bürger mit diesen Dienstleistungen wachsen. Tatsächlich zahlen die Menschen doppelt und sogar dreifach: zuerst durch ihre Steuern, dann für die Dienstleistungen als solche und müssen obendrein noch bestechen.

Die überflüssige Präsenz des Staates in der Wirtschaft hat eine Reihe weiterer negativer Folgen. Zuerst einmal üben Beamte im Namen des Staates immer noch viele Genehmigungs-, Lizenzierungs- und Überwachungsfunktionen aus, die der Steuerzahler nicht braucht. Dies führt dazu, dass Unternehmertegeist erstickt wird, und es führt zu Bestechung und Amtsmissbrauch. Ich möchte wiederholen, dass die Effektivität des Staatsapparates bis jetzt viel zu wünschen übrig lässt. Viele vernünftige Vorschläge bleiben in leerem Gerede und dem bürokratischen Sumpf von Formalismus und Inkompetenz stecken.

Ein besonderes Problem ist die Willkür des Systems der Gesetzesvollstreckung. Die Grundlage für so genannte extra-prozedurale, das heißt, illegale Handlungen des Personals von verschiedenen Organen und Diensten bleibt auch in diesem Bereich weiter bestehen.

[...]

Natürlich stellt man sich die Frage: Wo und wie können wir neue Quellen für Wachstum finden?

Die Lösung besteht vor allem darin, neue Ansätze für die Entwicklung des Landes, für die Konsolidierung von Gesellschaft und Behörden zu entwerfen, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Anstrengungen zu stärken, Lösungen

für wichtige Aufgaben des Landes zu finden.

Die russische Wirtschaft sollte eine bedeutende und feste Stellung auf den Weltmärkten haben. Hierfür müssen wir zuerst unseren nationalen Markt entwickeln.

Veraltete Fabriken sollten schnell modernisiert werden und zu Fabriken umgebaut werden, die die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern können.

Wir sollten der Verschwendung der natürlichen Ressourcen des Landes ein Ende setzen und gewährleisten, dass sie besser genutzt werden. Dies sollte auf einer systematisierten rechtlichen Grundlage geschehen, durch verbesserte Wasser- und Forstgesetze und durch Gesetze über die Nutzung von natürlichen Ressourcen.

Wir brauchen transparente Bedingungen für den Zugang zu natürlichen Ressourcen und gerechte Zahlungen für ihre Nutzung. Der jetzige Pseudowettbewerb, bei dem nur Geschäftsleute, die Organen der Macht nahe stehen, eine Chance haben zu gewinnen, muss durch Auktionen ersetzt werden. Das jetzige Verwaltungssystem der Beliebigkeit sollte durch vollwertige zivile und rechtliche Verträge ersetzt werden, die die Rechte und Pflichten von Staat und Wirtschaft klar definieren.

Wir sollten die Modernisierung der Eisenbahnen, der Elektrizitäts- und des Wohnungssektors vollenden.

Wir sollten endlich die Steuerreform zu Ende bringen und vor allem die einheitliche Sozialsteuer verringern und die Steuerverwaltung vereinfachen. Wir sollten auch Ordnung bei den Problemen der Vermögenssteuer schaffen und in Anbetracht der hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe auch bei der Besteuerung der großen Gewinne von Rohstoffexporteuren.

Sobald wir die Gesamtsteuerlast reduzieren, wird unser Steuersystem die lang erwartete Stabilität haben. Dies wird so bald wie möglich an den regionalen Finanzausgleich und an die weiter voranschreitende Umverteilung von Vollmachten zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates gekoppelt werden müssen.

Wir sollten den Rubel voll konvertibel machen, insbesondere in Anbetracht des wachsenden Vertrauens in die Landeswährung.

Es ist unsere Aufgabe, das Finanzsystem des Landes so aufzubauen, dass sowohl Firmen wie Privatpersonen endlich von den Vorzügen eines entwickelten finanziellen Dienstleistungsmarktes profitieren können.

[...]

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass die Ereignisse der frühen neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts dazu führten, dass die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen wuchsen. Ihr Verlangen nach Veränderung führte zu einem dramatischen Zusammenbruch der Struktur des Lebens. Es gab Zeiten, als die Menschen nicht glaubten, dass die Erschütterungen je aufhören würden. Heute können wir spüren, dass die Zeit von Unsicherheit und Angst vorbei ist.

Eine neue Periode hat begonnen. Es ist dies eine Periode harter Arbeit, um den Übergang zu einer fundamental besseren Lebensqualität sicherzustellen. Dies ist keine leichte Aufgabe. Es wird eines starken politischen Willens und eines ehrlichen Dialogs zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft und ständiger gemeinsamer Anstrengungen bedürfen.

Werden wir dieser Aufgabe gewachsen sein?

Die Erfolge der letzten Jahre erlauben uns zu sagen: „Ja, wir können es schaffen.“

Und das werden wir mit Sicherheit.

Vielen Dank.

Übersetzung: Matthias Neumann

Der russische Originaltext wurde im Internet veröffentlicht unter: <http://www.putin2004.ru/shtab/dover/402C6917>

Kommentar:

Die Jukos-Affäre und das russische Investitionsklima.

Viel Lärm um nichts?

Heiko Pleines, Bremen

Als die Affäre um den russischen Ölkonzern Jukos im letzten Herbst mit der Verhaftung von Konzernchef Michail Chodorkowskij ihren Höhepunkt erreichte, mehrten sich die Stimmen, die vor negativen wirtschaftlichen Konsequenzen warnten. Das offensichtlich politisch motivierte Vorgehen gegen das Großunternehmen wurde als Gefahr für den Wirtschaftsstandort Russland gesehen. Eine deutliche Zurückhaltung ausländischer Investoren und zunehmende Kapitalflucht aus Russland wurden prognostiziert.

Kommentatoren sahen dabei vor allem zwei Wirkungszusammenhänge. Erstens wurde betont, dass die Instrumentalisierung der Justiz für das politisch motivierte Vorgehen gegen Unternehmensleitung und Anteilseigner von Jukos das bereits schwache Vertrauen in die russische Rechtsstaatlichkeit nachhaltig schwächen werde. Investoren würden deshalb wieder zunehmend befürchten, behördlicher Willkür in Russland schutzlos ausgeliefert zu sein.

Zweitens wurde herausgestellt, dass mit der Verhaftung von Platon Lebedew Anfang Juli 2003 die erste Verhaftung eines Jukos-Großaktionärs mit Betrügereien bei einer Privatisierungsauktion begründet wurde. Diese Begründung schien eine Revision des gesamten Privatisierungsprozesses der 1990er Jahre möglich zu machen und damit die aktuellen Eigentumsverhältnisse in der Privatwirtschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Investitionen erfolgen aber nur bei klaren Eigentumsverhältnissen. Präsident Wladimir Putin selber beschwichtigte immer wieder und erklärte nur einige wenige Privatisierungsauktionen seien rechtswidrig abgelaufen. Da aber allen Beteiligten bewusst war, dass diese Einschätzung kaum zu halten ist, führte die aggressivere Rhetorik anderer Politiker immer wieder zu einem beunruhigten Rauschen im Blätterwald und in Analystenbüros.

Insgesamt war der Ausblick auf die Investitionsentwicklung unter dem Eindruck der Jukos-Affäre letzten Herbst also eher düster. Ein Rückblick auf die Entwicklung seit Beginn der Jukos-Affäre zeigt heute aber ein völlig anderes Bild. Am deutlichsten macht dies wohl die Kursentwicklung der Jukos-Aktie. Sie notiert heute an der Moskauer Börse um mehr als 15% über ihrem Kurs von vor 12 Monaten. Sie hat damit die Jukos-Affäre sogar etwas besser überstanden als der zentrale russische Börsenindex RTS. Obwohl die Jukos-Aktie seit ihrem Höchstkurs im Frühsommer 2003 etwa 20% verloren hat, kann doch von einer Anlegerpanik angesichts der Affäre eindeutig keine Rede sein. Die russische Börse hat auch 2003 in der Jahresbilanz wieder ein deutliches Plus aufgewiesen. Und das obwohl viele mit einer Konsolidierung gerechnet hatten, nachdem die russische Börse 2001 und 2002 weltweit die höchsten Gewinne ausgewiesen hatte.

Noch deutlicher ist das Bild bei den ausländischen Investitionen. Hier verzeichnete Russland im letzten Jahr mit Zuflüssen von fast 30 Milliarden US-Dollar einen neuen Rekord. Gegenüber dem Vorjahr war damit ein Plus von 50% zu verzeichnen. Der größere Teil der Summe stammt aus der zweiten Jahreshälfte, wurde also erst nach Beginn der Jukos-Affäre investiert. Die Kapitalflucht aus Russland hingegen wuchs im letzten Jahr um nur 17% auf 23 Milliarden US-Dollar.

Wie lässt sich das Ausbleiben einer negativen Reaktion der Investoren auf die Jukos-Affäre erklären? Hier bieten sich drei Erklärungsansätze an, die sich gegenseitig ergänzen. Erstens scheint die Mehrheit der Investoren die Jukos-Affäre als Privatfehde von Jukos-Großaktionär Chodorkowskij gegen Präsident Putin interpretiert zu haben. Sie gehen dementsprechend davon aus, dass nur diejenigen Investoren „politische Risiken“ fürchten müssen, die sich in die russische Politik einmischen und reagieren entsprechend gelassen.

Zweitens ist das durch die Jukos-Affäre wieder ins Bewusstsein gerückte „politische Risiko“ nur ein Aspekt einer Anlageentscheidung für oder gegen Russland. Die bisher größte ausländische Direktinvestition in Russland wurde letztes Jahr von BP beschlossen, obwohl der britische Erdölkonzern Ende der 1990er Jahre in einem manipulierten Konkursverfahren fast seine damalige Beteiligung an der russischen Erdölfirma Sidanko verloren hätte. Die Lehre von BP war offensichtlich nicht Rückzug sondern eine bessere Strategie, dieses Mal in Partnerschaft mit dem Gegner von

einst, der russischen Erdölfirma TNK und der hinter ihr stehenden Alfa-Gruppe. Für BP bedeutet das Russland-Engagement eine erhebliche Ausweitung der eigenen Erdölreserven, die kaum in einem anderen Land der Welt zu erreichen wäre. Dafür werden die mit Russland verbundenen Risiken offensichtlich in Kauf genommen. Und aus der Sicht von Erdölunternehmen, die auch mit Ländern wie Nigeria, Venezuela oder Indonesien zu tun haben, weist Russland nicht gerade das größte Länderrisiko auf.

Drittens ist bei Zahlen zum Engagement ausländischer Investoren in Russland auch immer der Effekt der niedrigen Ausgangsbasis zu berücksichtigen. Der durchschnittliche Tagesumsatz im Handel mit russischen Aktien (alle Börsen im In- und Ausland) liegt derzeit bei weniger als 0,8 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Allein die 30 Werte des deutschen Aktienindex DAX kommen an deutschen Börsen auf etwa 4 Milliarden US-Dollar. Ähnlich sieht es bei den ausländischen Direktinvestitionen aus. Mit im Jahre 2003 weniger als 7 Milliarden US-Dollar und damit umgerechnet 52 US-Dollar pro Kopf liegt Russland im osteuropäischen Vergleich weit zurück. Dies bedeutet, dass bereits einige wenige Investoren, wie etwa BP bei den Direktinvestoren oder auf hohe Gewinne spekulierende Risikoanleger an den Börsen, ausreichen, um für erhebliche Zuwächse zu sorgen. Dies bringt ein deutliches Plus gegenüber den Vorjahreswerten. Eine nennenswerte gesamtwirtschaftliche Bedeutung haben ausländische Investoren in Russland aber nicht.

Außerdem gibt es möglicherweise einen negativen Effekt der Jukos-Affäre in einem weniger diskutierten Bereich. Steuerhinterziehung ist ein zentraler Anklagepunkt in der Jukos-Affäre. Die Vorwürfe beziehen sich dabei auf den Zeitraum vor Einführung der Steuerreform 2000. Da das alte Steuerrecht extrem inkonsistent war, kann hier beinahe jedem Großverdiener aus „Steuroptimierungstricks“ ein rechtlicher Strick gedreht werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass ein zentraler Werbeslogan für die Steuerreform forderte: „Komm aus dem Schatten!“. Auch wenn es keine offizielle Amnestie für Steuersünder gibt, so wurde dieser Slogan doch dahingehend interpretiert, dass die Sünden der Vergangenheit durch Ehrlichkeit in der Gegenwart abgegolten werden könnten. Nach offizieller russischer Darstellung war diese Kampagne ein Erfolg, da die Steuerehrlichkeit deutlich zugenommen habe. Die Anklageerhebungen in der Jukos-Affäre, die schon zu einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung geführt haben, lassen weitere Erfolge dieser Kampagne zweifelhaft erscheinen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder, Bremen

Lesetipp:

Zu den Hintergründen und politischen Implikationen der Jukos-Affäre siehe Russlandanalyse Nr. 6 vom 21.11.2003. Im Internet archiviert unter www.forschungsstelle.uni-bremen.de

Aktuell:

Kasjanows Entlassung – Putins Frühstart in die zweite Amtszeit

Hans-Henning Schröder, Bremen

Neunzehn Tage vor der Präsidentenwahl hat der russische Präsident den Ministerpräsidenten, Michail Kasjanow, entlassen. Auf diesen Schritt hatten Beobachter seit dem Oktober 2003 gewartet. Am 30.10.2003 hatte Putin den Leiter seiner Präsidialadministration, Alexander Woloschin, abgelöst. Nach dessen Weggang war Ministerpräsident Kasjanow der letzte Vertreter des Jelzin-Systems, der noch eine Schlüsselposition besetzte. Über den Zeitpunkt seiner Absetzung wurden seitdem Wetten abgeschlossen. Die meisten Analytiker gingen aber von einem Termin nach den Wahlen aus.

Nun hat sich Putin entschieden, die Regierung noch vor dem Wahltermin umzubilden und sein Team für die zweite Amtszeit bereits im Wahlkampf zu präsentieren. Das ist verständlich. Putins Wahlsieg ist sicher. Die einzige Unsicherheit ergibt sich aus dem Quorum: wenn weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten am Urnengang teilnehmen, ist die Wahl ungültig. Der Regierungswechsel ist daher auch ein Schritt, den Wählern, die die Wahlkampagne bisher eher als Farce erlebt haben, die politische Dimension der Wahlentscheidung vor Augen zu führen und sie zu motivieren, ihre Stimme abzugeben.

Die Ablösung Kasjanows ist also eine Geste. Sie signalisiert keine politische Machtverschiebung. Der russische Ministerpräsident verfügt nur über begrenzte Macht. Mit dem deutschen Kanzler oder dem britischen Prime Minister ist sein Amt nicht zu vergleichen. Der russische Ministerpräsident bestimmt nicht die Richtlinien der Politik, er trägt keine direkte Verantwortung für Außen- und Verteidigungspolitik oder die innere Sicherheit, er hat keinen direkten Zugriff auf die „Machstrukturen“ – Streitkräfte, Polizei und Nachrichtendienste. All dies ist vorrangig Sache des Präsidenten und seiner Administration. Der Arbeitsbereich des Ministerpräsidenten beschränkt sich im wesentlichen auf die Umsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von der Putin-Administration konzipiert wird.

Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen werden in Putins zweiter Amtszeit aber erheblichen Raum einnehmen. Nach wie vor ist die Gesellschaft zerrissen, große Teile der Bevölkerung leben unter ärmlichen Verhältnissen. Die sozialen Sicherungen sind unzureichend, die Gesundheitsversorgung funktioniert nur begrenzt. Der Präsident braucht also einen kompetenten Manager, der eine umfassende Sozialreform in Gang bringt. Diese ist nur finanzierbar, wenn die Wirtschaft noch rascher wächst als bisher. Der neue Ministerpräsident steht also vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe: er muss einerseits die Wirtschaft fördern und in großem Maßstab Kapital ins Land holen und andererseits funktionierende soziale Sicherungen schaffen. Wenn dies nicht gelingt, wird das System Putin den Rückhalt in der Bevölkerung verlieren, den es jetzt besitzt. Das Interesse des Machterhalts würde dann eine Verstärkung der autoritären Elemente des Regimes diktieren.

Die Personalentscheidung, die Putin jetzt fällt, erlaubt eine Prognose, welche Prioritäten in der zweiten Amtszeit gesetzt werden. Im Moment werden in den Medien drei Personen gehandelt: Verteidigungsminister Sergej Iwanow, Finanzminister Alexej Kudrin und Dmitrij Kosak, der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration. Alle drei sind sogenannte „Petersburger“, Iwanow ein „Tschekist“, die beiden anderen „Juristen“. Die Ernennung Iwanows, eines ehemaligen Geheimdienstlers, würde eine Stärkung der „Machstrukturen“ und mögliche Beschränkungen in der marktwirtschaftlichen Entwicklung signalisieren. Alexej Kudrin und Dmitrij Kosak gelten als fähige Manager und wirtschaftsnah, ihre Ernennung würde auf eine Fortsetzung des Reformkurses hindeuten.

Die Entscheidung für den einen oder anderen wird in den nächsten Tage fallen. Bereits jetzt laufen Konsultationen zwischen Präsidialadministration und der Parlamentsführung, da der neue Ministerpräsident ja verfassungsgemäß von der Duma bestätigt werden muss. Aber das Putinsche „Taschenparlament“ stellt für den Kandidaten des Präsidenten gewiss kein Hindernis dar.

Redaktion: Heiko Pleines

Chronik vom 19. bis zum 25. Februar 2004

19.2.2004	Das Justizministerium registriert die Namensänderung der politischen Partei „Russische Regionen“, die sich von nun an offiziell „Heimat“ nennt. An der Spitze der Partei steht Dmitrij Rogosin.
19.2.2004	Eine Gruppe von Personen, die die Firma „Primeks“ vertreten, besetzt die Büroräume der liberalen Wochenzeitung „Nowoe wremja“. „Primeks“ ist der Eigentümer des Bürogebäudes, in dem die Redaktion der Zeitung residiert. Die nächste Ausgabe der Zeitung kann nicht erscheinen.
19.2.2004	In Katar werden zwei Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes unter dem Verdacht festgenommen, Selimchan Jandarbijew, den Vizepräsident Tschetscheniens, durch ein Bombenattentat ermordet zu haben. Der russische Außenminister Igor Iwanow fordert am 26.2. ihre unverzügliche Freilassung.
19.2.2004	Ministerpräsident Michail Kasjanow ernennt Jelena Danilowa zur Stellvertretenden Ministerin für Wirtschaftsentwicklung und Handel.
21.2.2004	In Woronesch wird ein afrikanischer Student mit Verletzungen aufgefunden, die ihm mit einem Messer zugefügt wurden. Er stirbt nach der Einlieferung in ein Krankenhaus. Sprecher der ausländischen Studenten machen Skinheads für den Mord verantwortlich und protestieren gegen die Untätigkeit der Polizei.
22.2.2004	Kurienkardinal Walter Kasper trifft mit Aleksij II., dem Patriarchen von Moskau und ganz Russland, zusammen, um die Unstimmigkeiten zwischen beiden Kirchen zu erörtern. Die beiden Kirchenfürsten kommen überein, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Streitpunkte prüft.
23.2.2004	Ein vertrauliches Papier des Europäischen Rats wird bekannt. Darin werden die Versuche der Europäischen Union, eine tragfähige Beziehung zu Russland aufzubauen, als ineffizient, fehlerhaft und konzeptionslos kritisiert.
23.2.2004	Außenminister der EU warnen Russland vor möglichen ernsthaften Folgen, wenn dieses das modifizierte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht unterzeichnet, das nun auch die zehn neuen Mitgliederstaaten der EU einbezieht. Die russische Seite befürchtet, dass sie durch die mit der Erweiterung verbundene Verschiebung der Zollgrenzen finanzielle Verluste erleiden wird.
24.2.2004	Präsident Putin entlässt Ministerpräsident Michail Kasjanow und sein Kabinett. Kommissarisch übernimmt der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Viktor Christenko die Führung der Regierung.
25.2.2004	Bei einem Treffen mit der Partei- und Fraktionsführung von „Einheitliches Russland“ erörtert Putin hinter verschlossenen Türen die Frage der Kasjanow-Nachfolge. Die Teilnehmer des Treffens geben keine Kommentare ab.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>